



Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 25.08.2010

Niederschrift

| | |
|----------------|--|
| Gremium | Stadtverordnetenversammlung |
| Sitzungsnummer | 5/2010 |
| Datum | Dienstag, dem 24. August 2010 |
| Sitzungsbeginn | 20:00 Uhr |
| Sitzungsende | 22:55 Uhr |
| Ort | Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel |

Teilnehmer:

Mitglied

| |
|-------------------------------|
| Herr Thomas Demuth |
| Herr Dietmar Beilner |
| Herr Klaus-Dieter Broschowsky |
| Frau Patricia Bürgstein |
| Herr Achim Diethöfer |
| Frau Christine Empter |
| Frau Elke Förster-Helm |
| Herr Rainer Gustke |
| Herr Gunter Hartung |
| Herr Markus Held |
| Frau Stefanie Held |
| Herr Heinz Herold |
| Herr Harald Hornel |
| Herr Gerd-Jürgen Jesse |
| Frau Gisela Klein |
| Herr Robert Knickel |
| Herr Johannes Kortenhoeven |
| Frau Katja Lauterbach |
| Herr Achim Lehwald |
| Frau Dana Pastor |
| Herr Francesco Piscitello |
| Herr Hans-Jürgen Poth |
| Herr Alexander Rabold |
| Herr Joachim Rechholz |
| Frau Barbara Reichelt |
| Herr Horst Roepenack |
| Herr Johann Sattmann |
| Herr Tobias Schadeberg |
| Herr Michael Schreier |
| Herr Thomas Stöppler |
| Herr Perry von Wittich |
| Herr Winfried Weiß |
| Herr Harald Wenzel |

entschuldigt

| |
|------------------------|
| Herr Johannes Haas |
| Herr Reiner Keim |
| Herr Dr. Werner Skupin |

Herr Helmut Wietoska

Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

Magistratsmitglieder

Frau Ingrid Cammerzell

Herr Edwin Jessl

Herr Manfred Lüer

Herr Günter Maibach

Herr Josef Pastor

Herr Gerhard Rehbein

Herr Uwe Ringel

Herr Volker Schadeberg

Herr Jürgen Schäfer

Verwaltung

Frau Christel Barth

Frau Andrea Kaphingst

Herr Dieter Opalla

Herr Frank Rollmann

Tagesordnung

| TOP | DS-Nr. | Titel |
|-----|-------------|--|
| 1 | | Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 22.06.2010 |
| 2 | | Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher |
| 3 | | Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten |
| 4 | | Berichte aus den Ausschüssen |
| 5 | | Fragen zu aktuellen Themen |
| 6 | DS 169/2010 | Antrag CDU-Fraktion: Prüfantrag zusätzliche Schilder an Kreuzungspunkten |
| 7 | DS 166/2010 | Antrag SPD-Fraktion: Ausweisung von Reitwegen |
| 8 | DS 167/2010 | Antrag SPD-Fraktion: Zukünftige Ausweisung von Baugebieten und Vergabe von Bauplätzen nach dem "Bruchköbeler Modell" |
| 9 | DS 168/2010 | Antrag BBB-Fraktion: Senkung der Trinkwasserhärte |
| 10 | DS 145/2010 | Entlastung des Magistrates für die Jahresrechnung 2008 |
| 11 | DS 89/2010 | Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2009 |
| 12 | DS 90/2010 | Vergabe der Jahresprüfung 2010 für die Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel |
| 13 | DS 91/2010 | Wirtschaftsplan 2011 der Sozialen Dienste |
| 14 | DS 160/2010 | 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bruchköbel im Stadtteil Oberissigheim an der Landwehr zwecks Errichtung eines neuen Feuerwehrstandortes (Bereich: „Feuerwehrstandort“), Aufstellungsbeschluss |
| 15 | DS 161/2010 | Beratung und Beschlussfassung zum Auslegungsbeschluss und |

| TOP | DS-Nr. | Titel |
|-----|--------|---|
| | | Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich des ehemaligen Fliegerhorsts und Natolagers |

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 33 Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die Tagesordnung wendet sich der Erste Stadtrat mit dem Antrag auf Absetzung von TOP 8. Es handle sich im Wesentlichen um Magistrats-Unterlagen, für die die Stadtverordnetenversammlung auch einen konkreten Auftrag zur Fertigung der Vorlage an den Magistrat gegeben habe. Die Vorlage des Magistrates sei noch nicht fertig. Der Stadtverordnete v.Wittich wendet sich gegen diese Darstellung, es handle sich zwar um den bisherigen Text der Baulandrichtlinie, der mit neuen Vorschlägen der SPD-Fraktion und auch einigen bereits bekannten Vorschlägen des Ersten Stadtrates als Vorlage dargestellt worden sei. Der Bürgermeister spricht im Sinne des Ersten Stadtrates, Maßgabe war die Fertigung der Vorlage durch den Magistrat und nicht durch die SPD. Die Synopse stelle jedenfalls ein Magistratspapier dar. Der Stadtverordnete v.Wittich bekundet nochmals, dass es sich um kein Magistratspapier handle, sondern um eine Vorlage der SPD Fraktion. **Beschluss zum Absetzungsantrag: bei 16 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen wird die Absetzung abgelehnt.**

| | | |
|-------|--|---|
| TOP 1 | | Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 22.06.2010 |
|-------|--|---|

Gegen die Niederschrift der Sitzung 22.06.2010 haben sich keine Einwände ergeben, sie gilt damit als genehmigt.

| | | |
|-------|--|---|
| TOP 2 | | Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher |
|-------|--|---|

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass Dokumente zum Komplex Fliegerhorst ausliegen.

Weiter liegen zwei Berichte aus der Verwaltung aus.

| | | |
|-------|--|--|
| TOP 3 | | Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten |
|-------|--|--|

Der Bürgermeister berichtet zur Genehmigung des Haushaltes 2010, er trägt das entsprechende Genehmigungsschreiben mit Auflagen vom 27.07.2010 vor. Die Kommunalaufsicht stelle hierbei fest, dass es auch für das Haushaltsjahr 2010 nicht gelungen sei, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen und vorzulegen. Das Verwaltungsergebnis weise einen Fehlbetrag in Höhe von 6.278.466 € auf. Die ordentlichen Erträge in Höhe von 29.157.028 € reichten nicht aus, um die ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 35.435.494 € zu decken. Das Finanzergebnis sei ebenfalls defizitär. Die Aufwendungen für Zinsen und ähnliche Aufwendungen überstiegen die Finanzerträge deutlich. Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis führten zusammen zu einem Defizit im ordentlichen Ergebnis von 7.556.366 €. Bei einem Überschuss von 1.199.000 € im außerordentlichen Ergebnis führt dies zu einem Defizit im Gesamtergebnishaushalt von 6.357.366 €. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Bruchköbel bezeichnet die Kommunalaufsicht als gefährdet. Andererseits sei die Kommunalaufsicht sich bewusst darüber, dass die derzeitige Finanzlage der Städte und Gemeinden überwiegend auf die Steuerausfälle infolge der Wirtschaftskrise zurückzuführen ist. Insofern ist der nicht ausgeglichene Haushalt zwar nachvollziehbar, dennoch müsse auf die Vorschriften des Erlasses vom 2.10.2009 und die Konsolidierungsleitlinien hingewiesen werden. Die Stadt Bruchköbel könne und sollte die Finanzkrise nicht als gegebenes Schicksal hinnehmen, sondern vielmehr mit besonderen gemeinsamen Anstrengungen versuchen, mittelfristig aus der noch lösbaren Finanzsituation einen für

alle akzeptablen Weg zu finden. Die Kommunalaufsicht bittet zukünftig zu beachten, dass bei dem Tagesordnungspunkt „Haushaltssicherungskonzept“ eine Gesamtabstimmung über das gesamte Haushaltssicherungskonzept erfolgt. Das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept sei nicht ausreichend. Es sei weiter fortzuschreiben, die Konsolidierungsbemühungen seien zu intensivieren, um das Ziel Haushaltsausgleich zu erreichen.

Darüber hinaus würden die in § 2 der Haushaltssatzung 2010 vorgesehenen genehmigungspflichtigen Kredite in Höhe von 1.872.500 € gemäß § 114j (2) HGO genehmigt. Die Genehmigung ergehe jedoch unter dem Vorbehalt der Einzelgenehmigung. Im Rahmen der Einzelgenehmigung werde die Kommunalaufsicht jedoch sicherstellen, dass ein Betrag in Höhe von 1.343.000 € nicht überschritten wird.

Die Stadtverordnetenversammlung habe daher zu entscheiden, welche Maßnahmen priorisiert werden sollen, damit diese Vorgabe eingehalten werden kann. Die für Umschuldungen vorgesehenen Kredite in Höhe von 1.363.000 € bedürfen keiner Genehmigung. Mit dem Antrag auf Einzelgenehmigung seien der Kommunalaufsicht noch spezielle Angaben einzureichen.

Die Verpflichtungsermächtigungen nach § 3 der Haushaltssatzung 2010 in Höhe von insgesamt 1.400.000 € werden durch die Kommunalaufsicht genehmigt und dürfen nur für die folgenden Fortführungsmaßnahmen verwendet werden:

- Kanalbauentlastung Niederissigheim mit 370.000 €
- Brückenbau Kirlebrücke mit 480.000 €
- Straßenbau Kirlebrücke mit 350.000 €
- Straßenbau Höhenstraße mit 200.000 €.

Die Verwendung von Verpflichtungsermächtigungen dürfe nicht zu einer Nettoneuverschuldung in den nächsten Jahren führen, so die Aufsichtsbehörde

Außerdem werde darauf hingewiesen, dass auf neue Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, die mit erheblichen Folgekosten verbunden sind, grundsätzlich zu verzichten ist. Sollten dennoch derartige Maßnahmen außerhalb der kostendeckenden Bereiche dringend notwendig werden, ist vor Inanspruchnahme beziehungsweise vor Beantragung von Bundes- und Landesmitteln die Zustimmung der Kommunalaufsicht einzuholen. Dabei sei von der Stadt Bruchköbel nachzuweisen, dass die erforderlichen Eigenmittel sowie Folgekosten von der Stadt Bruchköbel aufgebracht werden können. Das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept sei fortzuschreiben, die Konsolidierungsbemühungen seien zu intensivieren. Das fortgeschriebene Konzept ist der Kommunalaufsicht zusammen mit der nächsten Haushaltssatzung, von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, vorzulegen.

Der Stadtverordnete v.Wittich bittet um Übersendung der entsprechenden Schreibens in Kopie, der Bürgermeister sagt dies zu.

Der Bürgermeister berichtet im Weiteren von einem Vorfall an der Dreispitzhalle anlässlich der Jugend-Veranstaltung am Altstadtfest-Wochenende. In der Nachschau sei die Pressemitteilung der Polizei, die durch das Polizeipräsidium in Offenbach selbst gefertigt worden sei, übertrieben. Das habe eine Rücksprache mit der Polizeistation Hanau II ergeben, die konkret im Einsatz war. Von einem Überfall könne keine Rede sein. Bedauerlicherweise stimme, dass eine Gruppe, der zuvor der Eingang verweigert worden sei, später mit Flaschenwürfen reagiert hätte. Der Stadtverordnete Ribold fragt, ob es darüber hinaus zu Beschwerden wegen Ruhestörung gekommen sei. Der Bürgermeister bejaht dies. Der Bürgermeister selbst habe noch eingegriffen und die Veranstalter gebeten, die Lautstärke zurückzudrehen. Im Übrigen sei die Genehmigung in Anlehnung an das Altstadtfest von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag bis jeweils 01:00 Uhr ausgesprochen worden. Bei der Veranstaltung an der Dreispitzhalle handelte es sich um den Versuch, für die Jugendlichen eine Alternative zum Altstadtfest zu entwickeln, dieses Ziel sei nicht gänzlich erreicht worden. Insgesamt werde die Veranstaltung so nicht mehr zu genehmigen sein.

| | |
|-------|------------------------------|
| TOP 4 | Berichte aus den Ausschüssen |
|-------|------------------------------|

Der Stadtverordnete Wenzel berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr vom 17.8.2010.

Der Stadtverordnetenvorsteher bekundet, die entsprechenden Empfehlung des Ausschusses bei den nachher zu verhandelnden Vorlagen im Einzelnen zu berichten.

| | |
|-------|----------------------------|
| TOP 5 | Fragen zu aktuellen Themen |
|-------|----------------------------|

Die Stadtverordnete Lauterbach stellt die Fragen für die CDU-Fraktion.

Zunächst fragt sie zum Themenkomplex Biogasanlagen:

"Durch Pressemitteilungen wurden die Bürger/innen Bruchköbels informiert, dass auf einem Hofgelände an der Landwehr einer Biogasanlage mit einer beschränkten Leistung auf 0,5 MW gebaut werden soll. Gleichmaßen wird im Internet unter "Ledjo renewable - connecting people to energy: Biogasanlage in Bruchköbel bei Hanau", das Projekt mit einer installierten Leistung von zusammen 1 MW vorgestellt.

1. Welche Dimension einer Biogasanlage soll nun an der Landwehr gebaut werden?
2. Gibt es bereits ein Genehmigungsverfahren?"

Weiter fragt sie zum Bebauungsplan Bahnhof Bruchköbel

„Über den Bebauungsplan "Bahnhof Bruchköbel"; Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß Paragraph 13a Baugesetzbuch wurde bereits mehrmals beraten. Bei einem Termin vor Ort im Rahmen unserer Sommertour haben wir festgestellt, dass die Fahrleitungsmasten parallel zur Gleisachse versetzt wurden. Resultierend daraus ergibt sich in diesem Bereich nun eine größere Freifläche als bisher.

1. Welche Flächengröße hat das nur zur Verfügung stehende Areal?
2. Wurden die Planungen hinsichtlich des neuen Standes aktualisiert?
3. Wie ist der Stand der Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern?"

Der Erste Stadtrat bekundet hinsichtlich des Sachstandes Biogas, dass die Stadt an einem Genehmigungsverfahren nicht beteiligt sei. Seines Wissens nach sei beim Regierungspräsidium Darmstadt ein Antrag nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz anhängig, berichtet werde von 500 kW. Weitere Informationen liegen nicht vor.

Hinsichtlich des Bebauungsplans Bahnhof Bruchköbel berichtet der Erste Stadtrat, dass die Oberleitungsmasten augenscheinlich zurückentwickelt werde. Gleichzeitig sei nicht konkret bekannt, was die Deutsche Bahn tatsächlich plane, in Vorgesprächen seien jedenfalls Rückbaukosten von EURO 360.000,- genannt worden. Damit sei der Grundstückspreis für Parkflächen zu teuer, daher seien auch keine weiteren Verhandlungen mit Grundstückseigentümern im Gange.

Der Stadtverordnete v.Wittich fragt für die SPD-Fraktion.

Zunächst kommt er auf die Drucksache 26/2009, Bodenmarkierung für einen sicheren Schulweg zu sprechen:

- „- Wann wurden sie angebracht?
- Wo wurden sie angebracht?"

Weiter fragt er zur Vereinsmesse 2010 (Drucksache 30/2009):

- „- Wann ist der Termin?
- Was ist der aktuelle Planungsstand?"

Der Erste Stadtrat berichtet hinsichtlich der Fußstapfen, dass diese noch nicht aufgebracht worden seien, da bislang die Haushaltsmittel noch nicht freigegeben waren. Zwischenzeitlich wurden Angebote hinsichtlich der Bodenfarbe eingeholt. Je nach Auftragslage und nach Witterung, könne der Bauhof demnächst mit dem Aufbringen beginnen.

Hinsichtlich der Vereinsmesse berichtet der Bürgermeister, dass ein Termin noch nicht feststeht, dieser jedoch in Planung sei.

Der Stadtverordnete v.Wittich geht davon aus, dass die Fußstapfen bereits für den Haushalt 2009 beschlossen waren, auch für die Vereinsmesse war der Beschluss bereits im Februar 2009 gefasst worden. Er fragt hinsichtlich des konkreten Standes.

Der Bürgermeister bekundet, dass es eher unwahrscheinlich sei, dass die Vereinsmesse noch 2010 stattfindet. Hinsichtlich der Gründung der Stadt Marketing GmbH, aber auch hinsichtlich der sonstigen

Arbeitsbelastung der AG Stadt Marketing seien Prioritäten zu setzen gewesen. Die Ausführungsplanung, insbesondere Organisation von Sponsoren und ähnlichen werde demnächst Angriff genommen.

Der Erste Stadtrat bekundet hinsichtlich der Fußstapfen, dass selbst bei einem Beschluss zum Haushaltsjahr 2009 bei einer konkreten Ausführung im Jahr 2010 auch die dortigen Haushaltsbeschlüsse und -genehmigungen abzuwarten gewesen seien. Das betreffe insbesondere die Mittelübernahmen aus dem Haushaltsjahr 2009 in 2010. Auch diese seien erst bei der hoch aktuellen Haushaltsgenehmigung erfolgt.

Der Stadtverordnete Rechholz fragt für die BBB-Fraktion.

Zunächst fragt er zu Mobilfunk und Internet-Versorgungen Bruchköbel.

"1. Wie gut funktionieren die Mobilfunkverbindungen in Bruchköbel, insbesondere nach der Abschaltung der Anlage am Sportplatz Kirliesiedlung? Gibt es Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern oder Mitteilung der Mobilfunkbetreiber über eine verschlechterte Verbindungsqualität?

2. Ein ausreichendes Angebot hinsichtlich einer leistungsfähigen Internetversorgung ist in Bruchköbel offensichtlich nicht in allen Stadtteilen Bruchköbels gesichert und kann somit Arbeitsplätze gefährden. Die Stadtverwaltung Bruchköbels ist etwa im Bereich Butterstadt schon aktiv geworden. Wo sind die technischen Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Internetversorgung in Bruchköbel gegeben und wo nicht? Wie stellt sich die Entwicklung aus Sicht des Magistrates dar und wie beziehungsweise wann kann eine flächendeckende Abdeckung in Bruchköbel erreicht werden? "

Weiter fragte er zum Komplex Fliegerhorst:

"Nach einem Pressebericht des Hanauer Anzeigers vom 6.4.2010, Seite 7, "Ernüchterung statt Traumschlösser" teilte der Bürgermeister der Gemeinde Erlensee Stefan Erb mit, dass nach dem Willen des derzeitigen Planungsverbandsdirektors Heiko Kasseckert (CDU) die Planungen zur gewerblichen Nutzung der Konversionsfläche des ehemaligen Fliegerhorst erheblich hinter den Vorstellungen der Kommunen Erlensee und Bruchköbel zurückbleiben würden. In seinem Wahlkampfprospekt schrieb Herr Günter Maibach: "Eine weitere große Möglichkeit bietet in absehbarer Zeit die Entwicklung des Geländes Fliegerhorst in Erlensee, dass zu circa einem Drittel zur Gemarkung Bruchköbel zählt. Eine große Herausforderung, die zugleich enorme Chancen bietet. Vorhandene Gebäude könnten zum Beispiel für die Einrichtung einer Fachhochschule mit Sportstätten sowie saubere Industrie etc. sehr interessant sein. Gemeinsam mit der Gemeinde Erlensee besteht aus meiner Sicht Handlungsbedarf, um dort auch interkommunale Einrichtungen mit den entsprechenden Arbeitsplätzen anzusiedeln". In der Sitzung vom 20.4.2010 hat der Bürgermeister diese Anfrage des BBB nicht beantwortet und auf die "Vorstellung der Machbarkeitsstudie "am 4.5.2000 seinen Erlensee verwiesen. In dieser Veranstaltung, die leider ohne Beiträge des Bruchköbel Bürgermeisters auskommen musste, wurden unsere Fragen nicht beantwortet:

1. Wie weit sind die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie mit dem Inhalt der Drucksache 100/2009, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.3.2009, von den Änderungen nach den Vorstellungen des Planungsverbandsdirektors betroffen?

2. Welche städtebauliche und finanzielle Bedeutung wird der Konversionsfläche noch zu kommen?

3. Was hat Bürgermeister Maibach unternommen, um sein Wahlkampfversprechen einerseits und den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung andererseits verwirklichen zu können?"

Schließlich fragt er zu Straßenbaumaßnahmen in Rossdorf:

"1. Die Hanauer Straße in Rossdorf wird im Einmündungsbereich zum Neubaugebiet „Im kleinen Feld" umgestaltet, und zwar nach Information durch den Ersten Stadtrat in der Bauausschusssitzung vom 17.8.2010 durch die Stadt Bruchköbel auf Verlangen des ASV im Rahmen einer Erschließungsmaßnahme für das Neubaugebiet.

a) Auf welcher rechtlichen Grundlage basiert das Verlangen des ASV bezüglich dieser Kreisstraße?

b) Welche Maßnahmen hat das ASV verlangt und welche werden verwirklicht?

c) Welche Gesamtkosten entstehen hierbei um welchen Teil davon hat die Stadt Bruchköbel zu tragen?

d) welcher Gesamtbetrag wird auf die Eigentümer welche Grundstücke (Straßenabschnitte und Hausnummernbereiche) umgelegt?

2. In der Oberdorfstraße und umliegenden Straßen wurde im Zuge von Arbeiten an der Kanalisation der Straßenbelag insgesamt erneuert.

a) Welche Gesamtkosten sind hierbei entstanden und welchen Teil davon trägt die Stadt Bruchköbel?

- b) Welcher Gesamtbetrag wurde oder wird entsprechend der Straßenbeitragssatzung auf die Eigentümer welche Grundstücke (Straße und Hausnummer) umgelegt?
- c) Wurden oder werden wie bezüglich der Waldstraße und der Hainstraße in der Kernstadt "fiktive Straßen Entwässerungskosten" mitveranlagt- und wenn nicht, warum nicht?"

Der Bürgermeister berichtet zum Fliegerhorst, er habe bei der Sitzung vom 20.04. angeregt, dass die Fragen des BBB bei der Sitzung in Erlensee am 4.05. gestellt werden können. Der BBB habe dort keine Fragen gestellt. Er referiert nochmals kurz den Inhalt der Machbarkeitsstudie insbesondere hinsichtlich des Kostenrisikos. Er referiert gleichfalls über die allgemeine zeitliche und inhaltliche Entwicklung zum Fliegerhorst, insofern sei durchaus namhaftes während seiner Amtszeit geschehen.

Der Erste Stadtrat kommt auf den Stand Mobilfunk beziehungsweise Internet-Versorgung zurück. Seit Abschaltung des einen bzw. Zuschaltung der zwei neuen Sendemasten seien keine Beschwerden an die Stadt herangetragen worden. Zur Internetversorgung sei auszuführen, dass ein Ort dann als versorgt gelte, wenn eine Datenbandbreite von 1 MBit zur Verfügung gestellt werden könne. Das sei ganz überwiegend der Fall. Hinsichtlich Oberissigheim bzw. Butterstadt sei anzumerken, dass diese technisch durch andere Verteiler in anderen Kommunen versorgt würden. Damit wäre die Qualität des Anschlusses bis zum Kunden technischen Limitationen unterworfen. Das sei nicht ohne weiteres und nur mit erheblichem finanziellen Aufwand zu ändern. Allerdings seien vorsorglich bei Straßenbauarbeiten auch schon Leerrohre für weitere technische Entwicklungen mit verlegt worden, um zu gegebener Zeit reagieren zu können.

Weiter berichtet der Erste Stadtrat zum Stand an der Hanauer Straße. Das Amt für Straßen- und Verkehrswesen habe bei der Bebauungsplanung auf die entsprechenden verkehrlichen Anlagen bestanden, die Kosten hierfür seien auf das gesamte Baugebiet umzulegen bzw. bereits umgelegt worden. Hinsichtlich der weiteren Straßenbauarbeiten handele es sich um eine Kanalerneuerung, hier fielen für die Anleger keinerlei Kosten an.

Für die FDP-Fraktion fragt der Stadtverordnete Jesse.

"1. Die FDP-Fraktion bittet um einen Bericht über den aktuellen Stand zu den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung zur Planung und Umsetzung

- Errichtung eines Kreisverkehr am Viadukt Kreuzung Friedberger Landstraße/Hauptstraße
- Verlängerung der Landesstraße Ale 3195 zu B. 45 südlich von Rossdorf

2. Ende Mai des Jahres wurden auf dem Gelände des Naturschutzgebietes und Biotops Schmelzweiher etwa 10 Lkw-Ladungen Erdaushub vermischt mit Bauschutt abgekippt. Zuvor wurde die Umzäunung abgerissen, die Bäume gefällt und das Holz an Interessenten verteilt. In der Zwischenzeit wurden weitere Teile der Umzäunung entfernt und nochmals Erdaushub abgeladen und eine Zufahrtstraße angelegt. Nach unserem Kenntnisstand sind alle Maßnahmen auf einer Fläche des unter Naturschutz stehenden Areals Schmelzweiher ausgeführt worden. Die Fläche ist zudem als Ausgleichsfläche registriert. Wir bitten um Auskunft um welche Maßnahmen es sich hier handelt, auf wessen Veranlassung diese erfolgten und inwieweit es sich um geschützte Areale handelt.

3. Am 31. Juli des Jahres berichtete die Frankfurter Rundschau unter der Überschrift "Ganz schön Halli-Galli" wie die Feuerwehr Rossdorf für eine bundesweite Veranstaltung den Verkauf von Eintrittskarten bewarb. Für 75 € sollten 10 Eintrittskarten mit einem Sauf-Paket (Mixgetränke, Schnäpse und eine Flasche Sekt) unter dem bezeichnenden begriff „flash-over-Party" unter das Volk gebracht werden. Nach Bekanntwerden dieser Werbung wurde auf Proteste von Eltern, Bürgern und Verbandsoberen das Angebot aus der Homepage der Feuerwehr Rossdorf genommen. Wie erklärt sich, dass der Stadtbrandinspektor Lauterbach über diese Aktion nicht informiert war, wie er in dem Artikel der FR erklärte. Was musste man bei der Stadtverwaltung über das Sauf-Angebot im Rahmen des bundesweiten Wettkampfs. Werden von der Verwaltung Maßnahmen ergriffen, um den Alkoholkonsum in diesen Einrichtungen einzuschränken? "

Der Erste Stadtrat berichtet hinsichtlich des Standes Kreisverkehr am Viadukt. In vielfältigen Vorgesprächen seien die Details bereits ausgehandelt, die Unterlagen werden derzeit zusammengestellt, um dann kurzfristig durch das ASV genehmigt zu werden. Entsprechende Haushaltsmittel seien auch beantragt.

Hinsichtlich der Problematik Schmelzweiher berichtet der Erste Stadtrat, dass das dortige Firmengelände versteigert worden sei. Der neue Eigentümer habe naturgemäß auch Bauarbeiten zur gewerblichen Nutzung des Geländes ausgeführt. Inwieweit der äußere Zaun angegriffen wurde lässt sich nicht mehr nachvollziehen, da dieser auch nicht lückenlos um das Grundstück gestellt wurde. Die befestigte Fläche endet am inneren Zaun. Ob und inwieweit es sich um geschützte Flächen handele, liegt zur Bewertung beim Main-Kinzig-Kreis. Aktuell liegen jedenfalls keine diesbezüglichen Erkenntnisse vor.

Der Bürgermeister kommt auf das Internetangebot der freiwilligen Feuerwehr Rossdorf zu sprechen. Die Verwaltung habe naturgemäß bei über 150 Vereinen keine Möglichkeit, die einzelnen Internetangebote auf Seriosität zu prüfen. Außerdem müsse scharf zwischen den Feuerwehrvereinen und den Einsatzabteilungen unterschieden werden. Der Stadtbrandinspektor sei ausschließlich für die Einsatzabteilungen zuständig und habe nichts mit dem Feuerwehrvereinen zu tun. Gleichwohl habe der Stadtbrandinspektor ihm versichert, dass bei der nächsten Wehrführersitzung dieses Thema kurz angerissen werde. Es sei letztlich nicht tolerierbar, dass solche Angebote in die Öffentlichkeit kämen, insbesondere wenn sich die Stadt, wie jetzt beim Altstadtfest, bemühe, parallel seriöse Alternativen für Jugendliche anzubieten.

| | | |
|-------|-------------|--|
| TOP 6 | DS 169/2010 | Antrag CDU-Fraktion: Prüfantrag zusätzliche Schilder an Kreuzungspunkten |
|-------|-------------|--|

Die Stadtverordnete Lauterbach trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne. Der Stadtverordnete Jesse bittet zu überlegen, ob die Verwaltung tatsächlich mit solchen Prüfanträgen überfrachtet werden soll. Besser sei es, vorhandene Schilder zu pflegen, anstatt neue aufzustellen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

"Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob es sinnvoll und machbar ist, bestimmten Kreuzungspunkten im großflächigen Areal "Bruchköbeler Wald / Bruchwiesen / Bärensee / Birkensee / Hanauer Wald", zusätzliche Hinweisschilder anzubringen. Die Stadt Hanau sollte involviert werden."

| | | |
|-------|-------------|---|
| TOP 7 | DS 166/2010 | Antrag SPD-Fraktion: Ausweisung von Reitwegen |
|-------|-------------|---|

Der Stadtverordnete v.Wittich trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne. „Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wo in Bruchköbel Reitwege ausgewiesen werden können und dies dann auch zu veranlassen. Als fachkundige Bürger sollen Mitglied des Reitvereins Rossdorf, und weitere davon betroffene und spätere Nutzer zu den Beratungen hinzugezogen werden. Sollten Wege die Ortsgrenze überschreiten, sollte hier auch Kontakt mit den Nachbargemeinden aufgenommen werden, ebenso mit der Unteren Naturschutzbehörde. Wenn Waldgebiete betroffen sein sollten, ist das Forstamt Wolfgang einzubinden.“

Der Stadtverordnete Rabold spricht gegen den Antrag, gleichwohl sei die formlose Kenntlichmachung von Reitwegen sicher sinnvoll. Bei der formellen Ausweisung durch Widmung und entsprechende Beschilderung sei die Stadtverordnetenversammlung unzuständig, hier sei allein der Bürgermeister als Straßenverkehrsbehörde gefragt. Darüber hinaus sei es jedenfalls denkbar, vorhandene Wege auch für die Reitnutzung technisch zu ertüchtigen. Die Stadtverordnete Lauterbach bekundet, dass ihre Nachforschungen in Reiterkreisen ergeben hätten, dass keine entsprechenden Bedarfe gesehen werden. Hinsichtlich der Hohen Straße sei anzumerken, dass kein Reiter freiwillige und absichtlich die hohe Straße benutzen wolle. Sie macht sich im Übrigen den Vortrag der Stadtverordneten Rabold zu eigen.

Der Stadtverordnete v.Wittich stellt klar, dass es ihm nicht darum gehe, zusätzliche Wege zu schaffen, sondern vorhandene zu kennzeichnen.

Er stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr.

Der Stadtverordnete Wenzel spricht gegen den Verweisungsantrag, es müssten keine Probleme gelöst werden die es nicht gebe.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 17 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen beschlossen.

| | | |
|-------|-------------|--|
| TOP 8 | DS 167/2010 | Antrag SPD-Fraktion: Zukünftige Ausweisung von Baugebieten und Vergabe von Bauplätzen nach dem "Bruchköbeler Modell" |
|-------|-------------|--|

Der Stadtverordnete v.Wittich trägt den Antrag vor und spricht im Sinne des Entwurfs zur Neufassung der Richtlinien für Baulandausweisung und für die Vergabe von Bauplätzen im Bereich der Stadt Bruchköbel. Er betont nochmals, dass es sich um einen Antrag der SPD-Fraktion handle, Elemente aus dem Magistrat seien hier nicht verwendet worden. Er stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: einstimmig beschlossen

| | | |
|-------|-------------|---|
| TOP 9 | DS 168/2010 | Antrag BBB-Fraktion: Senkung der Trinkwasserhärte |
|-------|-------------|---|

Der Stadtverordnete Rabold trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen und Kosten einer Enthärtung des Trinkwassers in Bruchköbel ermöglicht werden kann. Über das Ergebnis der Prüfung soll möglichst in der darauf folgenden Stadtverordnetenversammlung berichtet werden.“

Der Stadtverordnete Rabold ergänzt, dass durch einen aktuellen Leitungsschaden seit etwa dem zweiten Quartal 2010 durch andere Leitungswege bzw. andere Zulieferer noch härteres als vorher Wasser geliefert werde. Der Bürgermeister gibt einen Sachstandsbericht hinsichtlich der Lieferer, der Herkunft des Wassers und eventueller kartellrechtlicher Kostenproblematik hinsichtlich der Preisfestsetzung für Trinkwasser. Auch ließen die technischen Verfahren, zum Beispiel Zusatz von Phosphatkomplexen, Trinkwasser nicht mehr als unberührtes Produkt zurück, so dass dies grundsätzlich problematisch sei. Der Stadtverordnete Jesse spricht gegen den Antrag insgesamt, er will das Trinkwasser nicht zwanghaft verändert wissen, wenn er diese Veränderungen / die Wasserenthärtung selbst nicht wünsche. Der Stadtverordnete Rabold bittet um eine konkrete Vorlage von Zahlen zu unbedenklichen Verfahren, das sei zum Beispiel ein Ionenaustauscherverfahren oder mittels Osmose.

Abstimmung: bei 8 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

| | | |
|--------|-------------|--|
| TOP 10 | DS 145/2010 | Entlastung des Magistrates für die Jahresrechnung 2008 |
|--------|-------------|--|

Der Stadtverordnete Rechholz macht auf die ausgewiesenen, deutlichen Steuer-Mehreinnahmen gegenüber dem seinerzeitigen Haushaltsplan aufmerksam. In der Konsequenz ergebe sich, dass die damalige Haushaltsplanung bereits im Rahmen des möglichen gewesen sei.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die vom Rechnungsprüfungsamt des Main-Kinzig-Kreises geprüfte Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 wird anerkannt und dem Magistrat gem. der §§ 51 und 114 HGO Entlastung erteilt.

| | | |
|--------|------------|---|
| TOP 11 | DS 89/2010 | Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2009 |
|--------|------------|---|

Der Stadtverordnete Rabold trägt einen Änderungsantrag der BBB Fraktion vor:
"2. Aus dem Überschuss werden 20.000 € dem städtischen Haushalt im Bereich der Kindergärten zugeführt; im Übrigen wird der Überschuss den Rücklagen der Sozialen Dienste zugeführt."

Der Bürgermeister bekundet, dass aus den aktuellen Prüfberichten zu entnehmen sei, dass Überschüsse nur für gemeinnützige Zwecke entnommen werden dürften. Die Kitas seien nicht gemeinnützig. Bei einer entsprechenden Beschlussfassung laut dem Änderungsantrag sei in Konsequenz die Gemeinnützigkeit der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel in Gefahr. Der Stadtverordnete Roepneck geht ebenfalls davon aus, dass es sich dabei um einen indirekten Zuschuss zum Haushalt han-

dele und daher nicht gemeinnützig sein könne. Der Stadtverordnete Wenzel weist darauf hin, dass bislang die evangelischen Kindertagesstätten in ähnlicher Weise unterstützt worden seien; Das müsse nicht jetzt, könne aber in der Zukunft wieder so gehandhabt werden. Der Stadtverordnete Rabold spricht gegen den Bürgermeister, unbedenklich sei jedenfalls eine Verwendung für die evangelischen Kindertagesstätten. Man dürfe nicht vergessen, dass bei denkbaren Verlusten im Bereich der Sozialen Dienste sowieso ein Ausgleich durch den städtischen Haushalt, quasi in umgekehrter Richtung, notwendig wäre. Insofern sei der BBB Änderungsantrag einwandfrei. Der Bürgermeister wendet sich nochmals gegen diese Einschätzung.

Die Stadtverordnetenversammlung pausiert von 21:30 Uhr bis 22:00 Uhr. Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung erneut und stellt mit 33 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtverordnete v.Wittich dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der sozialen Dienste für ihr Engagement. Der Vorschlag aus dem Änderungsantrag sei zwar interessant, aber auch im Präsidium hätten sich entsprechende andere Hinweise ergeben. Er stellt den Antrag auf Verweisung beider Sachen in den Haupt und Finanzausschuss.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 17 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen sind beide Sachen in den Haupt und Finanzausschuss verwiesen.

| | | |
|--------|------------|--|
| TOP 12 | DS 90/2010 | Vergabe der Jahresprüfung 2010 für die Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel |
|--------|------------|--|

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Mit der Jahresprüfung 2010 der Sozialen Dienste der Stadtverwaltung Bruchköbel wird die Wirtschaftsprüfungskanzlei Hemberger, Balling und Schabrich beauftragt.

| | | |
|--------|------------|---|
| TOP 13 | DS 91/2010 | Wirtschaftsplan 2011 der Sozialen Dienste |
|--------|------------|---|

Aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung wird der Antrag auf Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss gestellt. Der Stadtverordnete Wenzel spricht gegen den Verweisungsantrag.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 17 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen in den Haupt und Finanzausschuss verwiesen.

| | | |
|--------|-------------|--|
| TOP 14 | DS 160/2010 | 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bruchköbel im Stadtteil Oberissigheim an der Landwehr zwecks Errichtung eines neuen Feuerwehrstandortes (Bereich: „Feuerwehrstandort“), Aufstellungsbeschluss |
|--------|-------------|--|

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet zu den Empfehlungen des Ausschusses für Bau, Umwelt und Verkehr vom 17.8.2010.

Der Stadtverordnete Jesse meint, dass der Standort ungeeignet sei; Alternativen seien unzureichend geprüft worden. Die Planskizze für einen Neubau an der Landwehr existiere seiner Kenntnis nach schon seit etwa einem Jahr, wie zwischenzeitlich zu erfahren gewesen sei. Im Übrigen sei zu erfahren gewesen, dass im unmittelbaren Umfeld die Ausweisung von Bauland geplant sei. Schließlich und endlich gebe die Haushaltssituation einen Neubau nicht her. Wenn schon das Gebäude am Schulweg nicht auffällig sei, dann sei es aber auch augenscheinlich nicht verkäuflich und könne jedenfalls nicht zum haushalterischen Ausgleich beitragen. Er trägt einen Änderungsantrag der FDP Fraktion vor:

"Der Magistrat wird aufgefordert die Vorlage DS 160/2010 zurückzuziehen. Er wird des Weiteren beauftragt zusätzliche Standorte für den Neubau eines Feuerwehrstützpunktes zu untersuchen, als da sind Alternativen an der L3195 östlich und westlich der Ortsrandlage. Diese Untersuchungen und die Abwägung sind anschließend der Stadtverordnetenversammlung zur erneuten Beratung vorzulegen."

Der Stadtverordnete Rabold ist der Auffassung, dass das Gebäude am Schulweg augenscheinlich marode sei. Auch seien die Kapazitäten für eine moderne Feuerwehr ganz sicher nicht mehr ausreichend. Der vorgeschlagene Standort sei auch in Ordnung. Das Verfahren sei voranzutreiben, weil der Main-Kinzig-Kreis schon eine Genehmigung der Bebauung im Außenbereich in Aussicht gestellt habe. Ein Baugebiet sei in diesem Bereich nicht zu befürchten. Die Stadtverordnete Lauterbach spricht im Sinne des Stadtverordneten Rabold. Sie positioniert sich für einen Neubau am vorgeschlagenen Ort. Andere Standorte seien intensiv geprüft worden, das habe sie aus der täglichen Arbeit von Stadt Brandinspektor Lauterbach detailliert mitbekommen. Auch sehe die Ausrück-Ordnung des Main-Kinzig-Kreises vor, dass bei einem Alarm auf dem Fliegerhorst neben der Feuerwehren aus Erlensee auch die freiwillige Feuerwehr Oberissigheim und gegebenenfalls Bruchköbel-Kernstadt zu alarmieren sei. Der Stadtverordnete v.Wittich spricht schließlich ebenfalls im Sinne der Vorlage.

Abstimmung zum Änderungsantrag: bei drei Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung Ziffer 1: bei 26 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen beschlossen

Abstimmung Ziffer 2: bei 26 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen beschlossen

Abstimmung Ziffer 3: bei 26 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen beschlossen

Abstimmung Ziffer 4: bei 26 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen beschlossen

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der 2. Änderung des o. g. Flächennutzungsplanes.
2. Die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB werden eingeleitet.
3. Die Abgrenzung des Geltungsbereichs entspricht der unten stehenden Übersichtskarte.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

| | | |
|--------|-------------|---|
| TOP 15 | DS 161/2010 | Beratung und Beschlussfassung zum Auslegungsbeschluss und Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich des ehemaligen Fliegerhorsts und Natolagers |
|--------|-------------|---|

Der Erste Stadtrat spricht im Sinne der Vorlage. Heute liegen aktuelle Unterlagen, insbesondere eine Planskizze auf den Tischen. Der Stadtverordnete Rabold kritisiert das Verfahren, jedenfalls die späte Vorlage von Planskizze bzw. der neunzigseitigen Begründung. Er sei enttäuscht vom Ergebnis der Bemühungen des Bürgermeisters entgegen dessen Wahlprogramm, zum Beispiel was die Ansiedlung einer Fachhochschule angehe. Entwürfe bzw. Zwischenstände seien in der Stadtverordnetenversammlung nicht diskutiert, nicht zur Kenntnis gegeben oder gar beschlossen worden. Er kritisiert darüber hinaus auch Form und Verfahren des übergeordneten regionalen Flächennutzungsplans. Chancen aller Orten würden damit vertan. Er kritisiert Einzelheiten der Abwägung und erläutert das gleich folgende Abstimmungsverhalten der BBB Fraktion. Der Erste Stadtrat berichtet nochmals zum langwierigen Planungsprozess. Ergebnisse und Zwischenstände seien ständig mitgeteilt worden. Auch in der Zusammenarbeit mit der BIMA als Eigentümerin seien vertretbare Kompromisse, insbesondere auch was die nutzbaren Flächen angeht, erzielt worden. Er macht darauf aufmerksam, dass die Einwände und Anregungen der Beteiligten nach Paragraph 49 im Flächennutzungsplan nicht bzw. nur unzureichend zu berücksichtigen seien. In weiteren Bebauungsplanverfahren seien diese dann ad hoc zu prüfen und einzuarbeiten. Der Stadtverordnete Roepenack spricht im Sinne des Ersten Stadtrats, der Fliegerhorst müsse auch in seiner Gesamtheit gesehen werden, das heißt insbesondere im Zusammenhang mit den Flächen auf Erlenseer Gemarkung, die hier und heute gar nicht zur Abstimmung stünden. Hinsichtlich etwaiger finanzieller Risiken, zum Beispiel Kampfmittelräumung, sei die Eigentümerin BIMA zuständig.

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass der Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr am 17.8.2010 hinsichtlich jedes Einzelpunktes mit unterschiedlichen Mehrheiten die Annahme empfohlen habe.

Abstimmung zu Ziffer 1:

Abstimmung zu Ziffer 1a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 2a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 3a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 3b: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 3c: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 4a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 5a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 5b: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 5c: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 5d: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 5e: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 5f: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 6a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 7a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 7b: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 7c: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 7d: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 7e: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8b: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8c: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8d: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8e: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8f: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8g: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8h: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8i: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8j: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8k: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8l: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8m: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8n: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8o: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 8p: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 9a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 10a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 10b: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 10c: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 10d: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 10e: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 10f: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 10g: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 10h: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 10i: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 11a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 11b: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 11c: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 11d: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 11e: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 11f: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 12a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 13a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen mit dem Beschlusstext "Wird zur Kenntnis genommen" beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 13b: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 13c: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 13d: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 13e: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 13f: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 13g: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 13h: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 13i: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 13j: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 13k: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 13l: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 14a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 14b: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 14c: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15b: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15c: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15d: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15e: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15f: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15g: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15h: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15i: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15j: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15k: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15l: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15m: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15n: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15o: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15p: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15q: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15r: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15s: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15t: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15u: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15v: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15w: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15x: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15y: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15z: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15a1: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15b1: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15c1: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15d1: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 15e1: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 16a: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.
Abstimmung zu Ziffer 16b: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 2: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen zur Annahme empfohlen.

Abstimmung zu Ziffer 3: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Abstimmung zu Ziffer 4: bei 25 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

Der Stadtverordnetenversammlung wird folgende Beschlussempfehlung unterbreitet:

1. Auslegung und Behördenbeteiligung

Der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel wird empfohlen den behandelten Abwägungspunkten der Abwägungsvorlage sowie dem Umweltbericht zuzustimmen.
Das Beschlussergebnis ist den Behörden mitzuteilen

2. Beschluss

Der durch die Planungsgruppe Thomas Egel ausgearbeitete Entwurf der FNP-Änderung für den Bereich des ehemaligen Fliegerhorsts und Natolagers und der dazugehörigen Begründung mit Umweltbericht wird hiermit beschlossen.

3. Vorlage zur Genehmigung

Die FNP-Änderung ist dem Regierungspräsidium Darmstadt zur Genehmigung vorzulegen.

4. Bekanntmachung

Die Genehmigung der Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Regierungspräsidium Darmstadt ist ortsüblich bekannt zu machen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 22:55 Uhr.

(Thomas Demuth)
Stadtverordnetenvorsteher

(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer